

„Aus einer anderen Sicht“

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein für das Staatsfeiertags-Magazin 2016
des Liechtensteiner Vaterlandes

Interview: Ruedi Lämmli; Fotos: Daniel Schwendener

Erscheinungsdatum: 12. August 2016

Erachten Sie den Brexit aus heutiger Sicht als Chance für den Finanzplatz? Was denken Sie, wie er sich entwickeln wird?

Erbprinz: Es ist noch verfrüht, um irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Der Liechtensteinische Finanzplatz hat dank des EWR direkten Zugang zum EU-Finanzbinnenmarkt. Je nachdem welche Form der Integration Grossbritannien in Zukunft wählt, wird es diesen direkten Zugang nicht mehr geben. Da wäre Liechtenstein eine von mehreren Alternativen für bisher aus London operierende Finanzdienstleister.

Waren Sie überrascht, dass sich die Briten für den Ausstieg aus der EU entschieden haben?

Erbprinz: Ja, ich war letztlich überrascht. Ich habe zwar einige Jahre in Grossbritannien gelebt und gewusst, dass die Briten sich emotional nie in Europa gefühlt haben. Ausserdem war mir klar, dass eine starke Bewegung für den Austritt vorhanden ist. Dennoch hatte ich das Gefühl, dass letzten Endes die wirtschaftlichen Argumente überwiegen würden. Wie das Resultat nun zeigt, dürften aber die emotionalen Aspekte – vor allen die Überfremdungsängste – überwogen haben.

Wünschen Sie sich Grossbritannien in der EFTA und dem EWR? Für beide Organisationen würde das einen ziemlich grossen Aufschwung bedeuten.

Erbprinz: Mit dem Austritt aus der EU stellt sich selbstverständlich die Frage des zukünftigen bilateralen Verhältnisses – sowohl für Grossbritannien als auch für die EFTA-Staaten. Schliesst man ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Grossbritannien? Oder tritt Grossbritannien der EFTA bei? Und sollte Grossbritannien der EFTA beitreten, stellt sich weiter die Frage, ob es einen bilateralen Weg der europäischen Integration analog zur Schweiz wählt oder dem EWR beitrifft. Wenn Grossbritannien der EFTA beitrifft, ergibt das selbstverständlich eine neue Dynamik. Aber es ist meiner Meinung nach noch zu früh, darüber zu urteilen, was das dann im Einzelnen bedeuten wird.

Man wartet im Moment wahrscheinlich noch ab, ob Grossbritannien wirklich aus der EU ausscheidet, oder doch weiterhin ein Mitglied bleibt.

Erbprinz: Ich rechne damit, dass Grossbritannien aus der EU austreten wird, weil es sehr schwierig ist, den Volksentscheid einfach zu ignorieren. Da müsste sich in nächster Zeit noch sehr viel bewegen, wie ein Austritt von Schottland sehr konkret werden oder eine sehr starke Bewegung aus der Bevölkerung heraus entstehen, die einen Meinungsumschwung bringt. Ausgeschlossen ist es nicht. Nach meinen Informationen könnte die Regierung nämlich trotz allem beschliessen, den Austritt nicht einzureichen und damit den Volksentscheid ignorieren.

Man hat das Gefühl, dass die BREXIT-Befürworter jetzt aufgewacht sind. Es zeigen sich Tendenzen, dass Schottland und Irland lieber aus Grossbritannien austreten würden als aus der EU. Hat Sie das überrascht?

Erbprinz: Nein. Bei Schottland war das zu erwarten. Es war ja schon davor so, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Schottlands aus Grossbritannien austreten wollte. Grossbritannien konnte Schottland beim Referendum über den Austritt primär deswegen überzeugen zu bleiben, weil nicht zuletzt von EU-Seiten signalisiert worden ist, dass die Schotten dann nicht gleich in die EU eintreten könnten. Jetzt, wenn die EU-Mitgliedschaft sowieso wegfällt, stehen viele in Schottland, die zuvor noch Hemmungen gehabt hatten, vor einer komplett neuen Situation. Wenn sie EU-Mitglieder bleiben wollen, dann müssen sie aus Grossbritannien austreten. Das ist eine neue Grundlage. Daher halte ich es auch nicht gänzlich ausgeschlossen, dass es in Grossbritannien zu einer Bewegung kommt, die zu einer Neubeurteilung der Sachlage führen könnte.

Was Europa seit einem Jahr verändert hat, und vielleicht noch verändern wird, ist die Flüchtlingssituation, mit der wir alle konfrontiert sind. Kleine und grosse Flüchtlingsströme erreichen uns täglich über das Mittelmeer. Durchlaucht, was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie Bilder von Menschen auf überfüllten Booten sehen?

Erbprinz: Diese Bilder machen mich persönlich sehr betroffen. Gleichzeitig wünsche ich mir, dass die internationale Staatengemeinschaft dringend konstruktiv an Friedenslösungen für diese Krisenregionen arbeitet. Ausserdem muss im Bereich der Entwicklungshilfe zielgerichteter gearbeitet werden. Den Menschen vor Ort muss eine Perspektive geboten werden, damit sie nicht mehr das Risiko auf sich nehmen, auf gefährlichste Art und Weise nach Europa zu kommen. Letzten Endes ist die Hilfe vor Ort der einzig zielführende Weg.

Beunruhigt Sie das auch, dass immer mehr Flüchtlinge nach Europa drängen?

Erbprinz: Wenn man die Flüchtlingsströme im bisherigen Ausmass gleichmässig auf Europa verteilen könnte, wäre es vielleicht noch machbar. Aber wenn man die Schätzungen hört, wie viele Personen aus Afrika und Asien sich generell gerne nach Europa in Bewegung setzen würden, dann bekommt Europa ein ernsthaftes Problem, wenn es nicht entschieden reagiert. Eine Gesellschaft kann nur eine gewisse Anzahl an Personen in einem gewissen Zeitraum aufnehmen, ohne dass es zu Unruhen führt. Nicht ausser Acht gelassen werden dürfen auch die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe, welche die Integration um einiges erschweren.

Liechtenstein hat ein enges Verhältnis zur Schweiz und Österreich. Wem stehen Sie persönlich näher? Der österreichischen oder schweizerischen Mentalität und Lebensweise?

Erbprinz: Hier bin ich in einem alemannischen Umfeld aufgewachsen. Die alemannische Mentalität und Lebensweise ist in der Schweiz ausgeprägter als in Österreich, wo nur die Vorarlberger Alemannen sind. Obwohl meine Familie ursprünglich aus Niederösterreich stammt, bin ich wahrscheinlich doch aufgrund meines Aufwachsens hier alemannisch geprägt und damit näher der schweizerischen, oder wenn man so will auch der vorarlbergerischen Mentalität als der niederösterreichischen.

Politiker loben dieses gute Verhältnis zwischen den Ländern. Im Alltag ist es aber doch eher so, dass es pragmatisch dominiert wird. Man kriegt sich schnell in die Haare wenn es ums Geld geht. Mit der Schweiz ist man überkreuz wegen der Quellensteuer und mit Österreich

wegen dem Finanzieren der S-Bahn. Ist diese Betonung der Freundschaft für Sie kein Widerspruch?

Erbprinz: Grundsätzlich ist das Verhältnis mit beiden Staaten hervorragend. Wenn man so besonders enge Verhältnisse hat, gibt es immer wieder Bereiche, wo es Meinungsverschiedenheiten gibt: So auch in finanziellen Bereichen. Bis jetzt hat man nicht zuletzt dank der hervorragenden nachbarschaftlichen Beziehungen pragmatische Lösungen gefunden, mit denen beide Seiten gut leben konnten. Es gibt ja mehr Themen, die völlig unproblematisch gelöst werden können, als solche, über die diskutiert wird. Deshalb sollte man das Verhältnis nicht als belastet ansehen, selbst wenn einmal bei ein oder zwei Themen gleichzeitig Schwierigkeiten entstehen.

Ihre Familie von und zu Liechtenstein gehört zu den ältesten Adelsfamilien Europas. Wissen Sie, wie viele Familienmitglieder Ihre Familie zählt?

Erbprinz: Wir zählen derzeit etwas mehr als 120 Mitglieder. Der Grossteil lebt im Ausland. Viele historisch bedingt in Österreich. Mittlerweile sind sie aber auch in ganz Europa und darüber hinaus verstreut.

Ich habe einmal gelesen, dass die von und zu Liechtenstein in dem Sinne gelobt wurden, dass sie im Umgang mit Geld und dessen Vermehrung reicher gewesen seien als die Habsburger. Wie reich sind die von Liechtenstein, darf man das fragen?

Erbprinz: Dazu gibt es keine öffentlichen Zahlen. Letztlich sagen diese Zahlen auch nicht sehr viel aus, weil sie, je nachdem wie man verschiedene Vermögensbestandteile bewertet, sehr unterschiedlich ausfallen können.

Die Zahlen kursieren auf Listen für Adlige. Sie werden mit 8 Milliarden Franken eingestuft.

Erbprinz: Ich mache mir keine Gedanken über diese Bewertungszahlen, sondern darüber, wie die verschiedenen Vermögensbestandteile möglichst gut verwaltet werden. Nicht zuletzt auch, weil wir die Kosten der Monarchie aus diesen eigenen Mitteln berappen. Heute sind wir glücklicherweise in der Lage, dies problemlos tun zu können.

Zahlen Sie Steuern?

Erbprinz: Der Fürst und der Erbprinz zahlen keine Steuern. Die restlichen Familienmitglieder sehr wohl. Auch die fürstlichen Betriebe, wie beispielsweise die LGT, zahlen Steuern. Die LGT dürfte sogar einer der grössten Steuerzahler Liechtensteins sein.

Gemäss Hausgesetz sind Sie der nächste Fürst von Liechtenstein. Hat sich Ihre Erziehung – in Vorbereitung auf diese Rolle – stark von derjenigen Ihrer Geschwister unterschieden?

Erbprinz: Von aussen betrachtet hat sie sich überhaupt nicht unterschieden. Ich bin genauso wie andere Liechtensteiner in die Primarschule und das Gymnasium gegangen. Anschliessend habe ich die Universität besucht und danach einige Jahre lang im Ausland gearbeitet, bevor ich für die Arbeit in den Familienbetrieben schliesslich zurückgekehrt bin. Was im Gegensatz zu meinen Geschwistern anders war, ist, dass mich mein Vater teilweise schon als Jugendlicher – und dann vor allem als junger Erwachsener – an die Aufgaben des Staatsoberhauptes herangeführt hat. Er hat mit mir die aktuellen politischen Fragestellungen diskutiert und mich bei passender Gelegenheit schon früh zu politischen Treffen mitgenommen. Das kann man mit Unternehmerfamilien vergleichen, in welchen der Vater dem Sohn das «Handwerk» lehrt.

Wann haben Sie selber realisiert, dass Sie der zukünftige Fürst von Liechtenstein sein werden?

Erbprinz: Ich glaube, das war irgendwann in der Volksschule. Aber genauer kann ich den Zeitraum nicht festlegen.

Sie haben 2004 die Staatsgeschäfte von Ihrem Vater übernommen. Seither haben Sie wenig in die Politik eingegriffen. Man hat das Gefühl, dass Sie ein Mann des Ausgleichs sind und nicht ein Mann der Hektik, der ständig eingreift. Sie geniessen jetzt aber auch eine ruhige Zeit, dank der Pflöcke, die Ihr Vater reingeschlagen hat. Ich spreche vor allem die aussenpolitische Souveränität durch die UNO, den EWR und innenpolitisch durch die Verfassungen an. Spüren Sie, dass sie in ruhigeren Gewässern fahren können als Ihr Vater?

Erbprinz: Ich konnte auf den Vorarbeiten meines Vaters aufbauen, wofür ich dankbar bin. In den vergangenen zwei Jahren war es tatsächlich etwas ruhiger. Aber seit 2004 gab es schon auch Zeiten mit grossen Herausforderungen. Zum Beispiel leitete ich den Paradigmawechsel beim Informationsaustausch in Steuerfragen ein, indem ich der Bevölkerung anlässlich der Staatsfeiertagsrede 2008 erklärte, dass wir den Finanzplatz im Bereich der internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen neu ausrichten müssen. Ausserdem mussten als Folge und auch aufgrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise politisch schwierig zu vermittelnde Sparpakete umgesetzt werden. 2012 war ich auch gefordert, als es darum ging, ob das Sanktionsrecht des Fürsten beibehalten werden soll. Erfreulicherweise hat sich das Volk mit einer deutlichen Dreiviertel-Mehrheit dafür ausgesprochen.

Sie würden aber schon sagen, dass die 90-er-Jahre mit der EWR-Schlacht mit Ihrem Vater und das fast 10-jährige heftige Tauziehen, bis die neue Verfassung bestanden hat, schwieriger waren? Ihr Vater hat diese dann mit einer Volksinitiative etabliert. Ab da an herrschten durchaus ruhigere Zeiten, oder täuscht das?

Erbprinz: Vor allem verglichen zur Zeit um die EWR-Abstimmung herrschten sicherlich ruhigere Zeiten. Der Moment, als der Fürst wegen des EWR-Abstimmungstermins mit der Auflösung des Landtages drohen und mitten durch eine Demonstration gegen ihn das Landtagsgebäude betreten musste, war sicherlich extremer. Auch die Volksabstimmung 2003 habe ich noch einmal intensiver als jene im Jahr 2012 empfunden. Ich hatte ja beide Volksabstimmungen sehr direkt miterlebt, weil ich gemeinsam mit dem Fürsten auch die Initiative für die Volksabstimmung 2003 eingebracht hatte und entsprechend stark involviert war.

Liechtenstein hat mit Fürst und Volk zwei Souveräne. Wenn man die Verfassung liest, hat man das Gefühl, das Fürstenhaus sei ein wenig souveräner als das Volk.

Erbprinz: Nein. Wenn man gemäss Verfassung jemanden als souveräner bezeichnen müsste, dann wäre es das Volk. Es kann letztlich die Monarchie im Rahmen einer Volksabstimmung abschaffen.

Aber Sie können die Abstimmung nicht sanktionieren. Und dann wäre es ein Leerlauf gewesen. Ist das so?

Erbprinz: Nein. Die Verfassung sieht vor, dass eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Monarchie auch ohne Zustimmung des Fürsten gültig ist. So gesehen hat das Volk das letzte Wort. In diesem Sinne ist der Fürst dem Volk auch politisch verantwortlich. Der Fürst, beziehungsweise sein Stellvertreter, müssen ihr politisches Handeln daher immer auch auf

das Volk ausrichten. Wenn sie den Rückhalt im Volk nicht mehr haben, droht entweder das Misstrauensvotum oder die Abschaffung der Monarchie.

Aber Durchlaucht, sind könnten doch Kraft ihrer Verfassung kurzen Prozess machen. Sie können die Regierung entlassen, das Parlament auflösen und im Notrecht regieren. Oder sehe ich das falsch?

Erbprinz: Auch das wird immer wieder falsch verstanden. Den Notrechtsartikel konnte man vielleicht früher so interpretieren. Aber seit den Verfassungsänderungen von 2003 ist das Notrecht insofern eingeschränkt, dass verschiedene Verfassungsartikel nicht ausser Kraft gesetzt werden können. Insbesondere jene Artikel, welche die Abschaffung der Monarchie, das Misstrauensvotum gegen den Fürsten und das Hausgesetz betreffen. Der Fürst kann sich somit nicht zum Diktator aufschwingen, sondern ist letzten Endes dem Volk gegenüber verantwortlich. Zusätzlich können auch noch die Mitglieder des Fürstenhauses gemäss dem Hausgesetz gegenüber einem untragbar gewordenen Fürsten aktiv werden.

Ein Fürst der unkontrolliert agiert, könnte also zurückgezogen werden?

Erbprinz: Ja, das ist meiner Ansicht nach auch gut so. Wenn man umfangreichere Kompetenzen hat, ist es wichtig, dass es gleichzeitig ein System von Checks and Balances gegen einen Kompetenzmissbrauch gibt.

Sie sind die einzige Adelsfamilie in Europa, die politisch aktiv ist. Glauben Sie, dass das die Monarchie ist, die Zukunft hat?

Erbprinz: Ich denke, gerade in diesen unsicheren Zeiten, in denen die Politik meist in kurzen Zeiträumen agiert, die häufig nicht über die übliche Legislaturperiode von 4 Jahren hinausgehen, kann ein politisch aktiver Monarch ein starkes Element der Stabilität, Kontinuität und langfristigen Ausrichtung der Politik sein.

Von ihrem Haus hört man, dass die Monarchie Vorteile hat, in grösseren Zeitabschnitten zu leben. Wie muss man sich das in der Praxis vorstellen?

Erbprinz: Wenn man sich unseren Staatsaufbau anschaut, dann haben wir die Regierung, die für das politische Tagesgeschäft und für den operativen Teil zuständig ist. Der Fürst bzw. sein Stellvertreter können sich dadurch den längerfristigen strategischen Fragen widmen. Gerade, weil die Monarchie den Vorteil hat, dass sich das Staatsoberhaupt nicht einer Wiederwahl stellen muss, haben wir es immer als Chance für unseren Staat gesehen, wenn sich der Monarch bewusst Zeit für die langfristigen strategischen Fragen nimmt und versucht, Kontinuität in die Politik zu bringen. In der Praxis sieht das so aus, dass wir durch Gespräche mit Regierung, Landtagsabgeordneten, Parteien, Wirtschaftsverbänden, NGOs aber auch mit gewöhnlichen Landesbürgern und Experten aus dem Ausland versuchen, die Themen zu identifizieren, die langfristige Kernthemen sind. Anschliessend vertiefen wir uns in diese Themen – teilweise mithilfe von Experten – und nehmen dann wieder den Dialog auf. Schliesslich versuchen wir, uns in Rahmen von Ansprachen und Interviews zur richtigen Zeit bei entscheidenden Fragen klar zu äussern und die Themen – falls nötig – auch immer wieder anzusprechen.

Sie haben also Ihre Prinzipien, die länger überdauern. Und wenn das in der Politik nicht so funktioniert, greifen Sie ein. Habe ich das richtig verstanden?

Erbprinz: In dem man ein Thema mit einer klaren Zielrichtung und einer Regelmässigkeit immer wieder anspricht, kann man eine Richtung aufzeigen. Das bringt Stabilität und

Verlässlichkeit in die Politik, was hier in Liechtenstein auch sehr geschätzt wird und auch mit eine Grundlage für eine florierende Wirtschaft ist.

Ihr Vater sagte einmal, er sei eher der Manager als der Landesvater gewesen. Meint er mit dem Landesvater Ihren Grossvater? Und an welcher Stelle sehen Sie sich?

Erbprinz: Wenn man Unternehmensterminologien für das staatliche Rollenverständnis hernimmt, hat sich meiner Ansicht nach auch mein Vater eher in Rolle des sich auf die langfristigen und grundlegenden Themen fokussierenden Chairman bzw. Verwaltungsratsvorsitzender und den Regierungschef als CEO bzw. die Regierung als das Topmanagement gesehen. Ich glaube, sowohl mein Grossvater als auch mein Vater und ich haben unsere Rolle so verstanden, dass wir uns daher grundsätzlich nicht in die operativen Angelegenheiten der Regierung einmischen.

Aber er musste doch auch Managerqualitäten beweisen. Er sagte einmal, dass «die Kasse marode gewesen» sei. Da konnte er seine Ausbildung an der HSG zur Anwendung bringen.

Erbprinz: Ja, so gesehen hat er sich immer auch als Manager verstanden, weil er tatsächlich direkt nach dem Studium das fürstliche Vermögen konsolidieren und wieder auf Vordermann bringen musste. Dadurch war er in der Privatwirtschaft auch sehr direkt in operative Fragen involviert. Daher hat es ihn vermutlich manchmal in der Politik bei grundlegenden Themen stärker als meinen Grossvater gejackt, sehr direkt einzugreifen.

Es ist eine interessante Beobachtung, wie in Liechtenstein zwischendurch das politische System von der Koalitionsregierung zum Regierungsoppositionssystem wechselte. Wenn Sie die Koalitionsregierung und die Regierungsopposition vergleichen – wie ist Ihre Bilanz?

Erbprinz: Die Phasen der Regierungsopposition liegen nun auch schon einige Jahre zurück: Ende der 90-er und Anfang 2000er Jahre. Jedes System hat seine Vor- und Nachteile: In einem System der Alleinregierung sind die Verantwortlichkeiten klarer definiert und Entscheidungen können schneller gefällt werden. Man kann vielleicht auch leichter mal etwas Kontroverses umsetzen. Wobei auch dies umso schwieriger wird, je näher die Wahlen rücken, und in Liechtenstein auch erst einmal eine Volksabstimmung gewonnen werden muss. Mein Eindruck ist, dass sich die Bevölkerung mit dem Koalitionssystem wohler fühlt, weshalb man auch wieder in diese Richtung gewechselt hat. Da es heutzutage im Landtag wohl kaum mehr eine absolute Mehrheit geben wird, wird es auch kaum eine Alternative zum Koalitionssystem geben.

Ich hatte das Gefühl, dass man mit dem Koalitionssystem weiterkommt, da es lösungsorientierter ist.

Erbprinz: Es ist so, dass wir – wie auch in der Schweiz – Volksabstimmungen zu allen möglichen Themen kennen. Daher ist es leichter, in einer grösseren Koalition politische Fragestellungen zu bearbeiten, weil man sonst als Alleinregierer schnell Gefahr läuft, dass die Opposition das Referendum ergreift und man dann scheitert. Erhält man aber bereits im Landtag grossen Rückhalt, ist die Gefahr nicht so gross, dass eine Volksabstimmung droht. Selbst wenn es zu einer Abstimmung kommt, tut man sich mit einer Koalitionsregierung leichter. Allerdings gab es sogar gegen fast einstimmige Landtagsentscheide durchaus schon ablehnende Volksabstimmungen.

Liechtenstein ist ein Jobwunder. Welches andere Land hat sonst so viele Arbeitsplätze wie Einwohner. Wie ist das Ihrer Meinung nach möglich?

Erbprinz: Neben den guten Rahmenbedingungen bzw. der guten Wirtschaftspolitik ist es primär die Kleinheit des Landes, die diese Zahlen möglich macht. Wenn der Wirtschaftsstandort floriert, die Zahl der eigenen Arbeitskräfte aber naturgemäss sehr klein ist, zieht man in einen Kleinstaat viele Arbeitskräfte aus dem regionalen Umfeld an. Dadurch erzielt man relativ zu den Einwohnern Arbeitsplatzzahlen, die in grossen Staaten nie möglich sind. Das kann aber auch im umgekehrten Sinne wirken. Bis nach dem 2. Weltkrieg waren es vor allem Liechtensteiner, die ins Ausland gependelt sind. Erst durch die Entwicklung des Industriestandortes und des Finanzplatzes sind hier so viele Arbeitsplätze entstanden. Mittlerweile ist der Anteil derer, die zupendeln, grösser als derer, die in Liechtenstein leben.

Vom gescholtenen Finanzplatz ist Liechtenstein in der Zwischenzeit zum Musterknaben aufgestiegen. Wie ist das gelungen?

Erbprinz: Rund um das Jahr 2000 sind wir ein erstes Mal international erheblich unter Druck geraten. Zwar wurden viele wichtige Schritte gesetzt und auch ein Reformprogramm in Steuerfragen gestartet, doch der Finanzplatz war dafür noch nicht reif. Nachdem ich die Geschäfte von meinem Vater übernommen hatte, haben wir einen zweiten, auch nochmals besser vorbereiteten Versuch unternommen. Zwar wurde das Reformprogramm ausgerechnet am selben Tag, als Herr Zumwinkel verhaftet wurde, in der Öffentlichkeit präsentiert und deshalb zu diesem Zeitpunkt kaum wahrgenommen. Diese Vorarbeiten haben aber geholfen, dass wir anschliessend zügig die richtigen Schritte umsetzen konnten und ich auch die Neuausrichtung des Finanzplatzes in Steuerfragen bei meiner Staatsfeiertagsrede 2008 gut vorbereitet thematisieren konnte.

Also keine Nacht und Nebel Aktion, sondern lange Vorbereitung?

Erbprinz: Ja. Die Neuausrichtung war durchaus vorbereitet. Aber sie umzusetzen, war dennoch eine grosse Herausforderung. Ähnlich wie in der Schweiz gab es völlig unterschiedliche Sichtweisen.

Bereuen sie, die Währungsunion mit Schweiz eingegangen zu sein?

Erbprinz: Nein. Natürlich sind wir derzeit durch den hohen Schweizer Franken stark gefordert. Aber auf längere Sicht bin ich überzeugt, dass eine sehr stabile Währung uns gut getan hat und weiterhin gut tun wird.